

**ANFRAGE** von Esther Meier (SP, Zollikon), Felix Hoesch (SP, Zürich) und Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

betreffend Planvorlage Forchbahn: Sanierung der Bahnübergänge Trichtenhauserstrasse und Binzstrasse im Zollikerberg mit Halbschranken

---

Die Forchbahn verkehrt zwischen Esslingen und Rehalp (Zürich) gemäss Eisenbahngesetz und von dort bis Stadelhofen gemäss Fahrdienstvorschrift für Strassenbahnen (Trams). Das Bundesamt für Verkehr (BAV) verlangt auf Grund des Eisenbahngesetzes den Ersatz der beiden Lichtsignalanlagen im Zollikerberg durch Schranken (Übergänge Binzstrasse und Trichtenhauserstrasse). Bahnschranken würden zu Zeitverlusten bei den drei Buslinien und bei Ambulanzfahrzeugen des Spitals Zollikerberg führen und sie würden gemäss vorliegenden Gutachten die Leistungsfähigkeit der Verkehrsknoten Trichtenhauserstrasse und Binzstrasse herabsetzen, wie Erfahrungswerte vergleichbarer Orte zeigen. Die Bahnschranken würden trotz Verlängerung der sog. Einspurstrecken den Stau bei den bereits überlasteten Kreuzungen verlängern. Ausserdem ist auf der Forchstrasse in nächster Zukunft zusätzlich mit Mehrverkehr zu rechnen (neu erstelltes Kinderspital).

Von einer Geschwindigkeitsreduktion sind nur die Schnellzüge (ca. 20 % aller Züge) betroffen. Der Zeitverlust von ca. 15 Sekunden wird als nicht relevant erachtet und hat keinen Einfluss auf die Stabilität des Fahrplanes von Esslingen bis Stadelhofen. Normalzüge mit Halt im Zollikerberg (ca. 80 % aller Züge) müssen die Übergänge ohnehin langsamer befahren, weil die Stationen direkt an den Strassenübergängen liegen. Die Kosten für Schranken und die Strassenverbreiterungen betragen mehrere Mio. Franken. Hinzu kommen die Kosten für Enteignungen. Die betroffenen Bahnübergänge sind bisher auch keine Unfallschwerpunkte

Gegen dieses Projekt haben Gemeinde, Kanton, Spital, Quartierverein und Anwohner Einsprache erhoben. Der Quartierverein fordert als Alternative die Wiedereinführung des Trambetriebs auf der kurzen Strecke zwischen Spital Zollikerberg und Haltestelle Rosengarten. Und sie fordern, dass in die Gesamtbetrachtung alle Verkehrsteilnehmer einbezogen werden müssen.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie können der Regierungsrat und der ZVV auf dieses Projekt Einfluss nehmen?
2. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass Schranken mehr Schleichverkehr durch die Quartiere verursachen und die Quartierbewohner stark beeinträchtigen?
3. Was spricht gegen einen Wechsel von Eisenbahn- auf Trambetrieb auf diesem kurzen Abschnitt zwischen den Stationen Spital und Rosengarten? (In einer identischen Situation bei der Waldenburgerbahn in Bubendorf BL hat sich diese Lösung bewährt. Dort gab das BAV eine Ausnahmegewilligung vom Eisenbahngesetz.)
4. Wegen der für Bahnschranken notwendigen Verlängerung der Einspurstrecken entlang der Forch-, Trichtenhauser-, und Binzstrasse drohen Enteignungen und Verluste von Vorgärten. Dies steht klar im Widerspruch zum Richtplaneintrag, wo dieser Strassenabschnitt für Aufwertungsmassnahmen vorgesehen ist.

- a) Wie stellen sich die Behörden zu diesem Verlust an Lebensqualität im Quartier Zollikerberg?
- b) Die Federführung der Bahnschranken liegt beim BAV. Das Bundesamt hat das gesamte Verkehrssystem zu beurteilen. Inwieweit kann das AfV sich beim BAV gegen die Bahnschranken einsetzen?

Esther Meier  
Felix Hoesch  
Hans-Peter Amrein